

# Wochenbericht

## Hilfebedürftig trotz Arbeit? – kein Massenphänomen in Deutschland

*Mit zunehmender Intensität wird in Deutschland über die Einführung von Mindestlöhnen diskutiert. Deren Befürworter argumentieren, dass die Löhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer ausreichen müssen, um ohne staatliche Unterstützung leben zu können. Die vorliegende Untersuchung zeigt jedoch, dass bei Vollzeitbeschäftigten niedrige Löhne keineswegs weit verbreitet sind. Insbesondere gibt es nicht viele Vollzeitbeschäftigte (3 Prozent), die einen Bruttostundenlohn von weniger als 7,50 Euro bekommen und in deren Haushalten keine weiteren Erwerbseinkommen anfallen. Bei den niedrig Entlohnten handelt es sich vor allem um geringfügig Beschäftigte sowie um Rentner, Schüler, Studenten und registrierte Arbeitslose, die lediglich ein Zusatzeinkommen erzielen. Relativ häufig kommen niedrige Löhne in Ostdeutschland vor, dort auch unter den Vollzeitbeschäftigten.*

*Mit etwa 300 000 Personen ist die Zahl derer klein, die Arbeitslosengeld II erhalten und einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro, wie er von der SPD und Teilen der Gewerkschaften gefordert wird, würde den meisten davon aber wenig nützen, da ihr mittlerer Lohn darüber liegt. Weil das Arbeitslosengeld II am familiären Bedarf ausgerichtet ist, erhalten diese Personen trotz eines teilweise nicht geringen Lohns eine das Einkommen aufstockende Leistung.*

*Überdies wird in der Mindestlohndebatte oft verkannt, dass es seit jeher Personen mit geringen Erwerbseinkommen gibt, die der Staat mit „aufstockender“ Sozialhilfe oder mit Wohngeld unterstützt. Nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II ist die Zahl der erwerbstätigen Wohngeldbezieher – insbesondere derjenigen mit besonders niedrigem Einkommen – drastisch zurückgegangen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass viele Hilfebedürftige zum Arbeitslosengeld II gewechselt sind und sich damit meist besser stellen als mit Wohngeld.*

Infolge des Beschlusses der Bundesregierung, die tarifvertraglich vereinbarten Mindestlöhne für die Briefsortierer und -zusteller der Deutschen Post AG für allgemeinverbindlich zu erklären, hat die seit längerem anhaltende Debatte über die Einführung von Mindestlöhnen an Schärfe gewonnen. Derzeit wird gemäß Koalitionsbeschluss geprüft, ob auch in anderen Wirtschaftsbereichen qua Allgemeinverbindlichkeitserklärung Mindestlöhne festgeschrieben werden sollten. Statt solcher branchen- oder tätigkeitsbezogenen Mindestlöhne verlangt ein Großteil der Befürworter von Mindestlöhnen allerdings die Festsetzung gesetzlicher Lohnuntergrenzen. Diese Forderung basiert auf der Intention, dass ein Arbeitnehmer einen Lohn erhalten müsse, mit dem er ohne staatliche Hilfe den Lebensunterhalt bestreiten könne. Es werden also moralische Erwägungen ins Feld geführt. Demnach hätte

Karl Brenke  
[kbrenke@diw.de](mailto:kbrenke@diw.de)

Johannes Ziemendorff  
[jziemendorff@diw.de](mailto:jziemendorff@diw.de)

### Inhalt

Hilfebedürftig trotz Arbeit? – kein Massenphänomen in Deutschland

Seite **33**

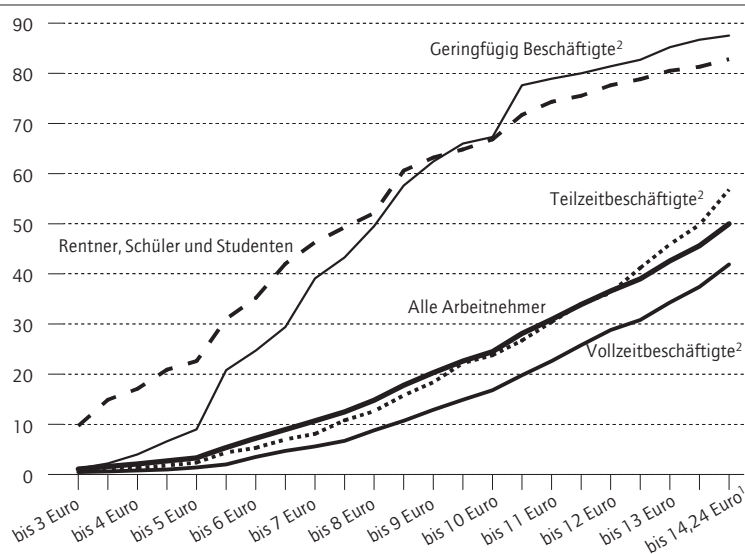
Standort Berlin-Adlershof: kräftige Impulse für die Stadt

Seite **41**

Abbildung 1

**Arbeitnehmer nach der Höhe ihrer Bruttostundenlöhne 2006**

Kumulierte Anteile in Prozent



1 Medianlohn.

2 Ohne Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin..

DIW Berlin 2008

sich die Lohnhöhe an den Bedürfnissen der Lohnempfänger und nicht an ökonomischen Kriterien wie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie an der Produktivität der Arbeitnehmer zu orientieren. Da aber die individuellen Bedürfnisse stark variieren können, müssten der Argumentation der Mindestlohnbefürworter zufolge für gleiche Tätigkeiten unterschiedliche Löhne gezahlt werden. Denn ein alleinverdienender Haushaltsvorstand mit einer großen Familie hat ohne jeden Zweifel größere Bedürfnisse als eine alleinstehende Person. Konsequenterweise müsste folglich die Höhe der Löhne an der Größe und Zusammensetzung der Arbeitnehmerhaushalte ausgerichtet werden – vielleicht auch noch am jeweiligen regionalen Preisniveau. So absurd diese Vorstellung auch ist, neu ist sie nicht. Bereits im Jahre 1875 zeigte sich Marx belustigt, als vergleichbare Ansichten im Rahmen der Programmdebatte in der deutschen Sozialdemokratie geäußert wurden.<sup>1</sup>

1 „Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab messbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite fasst, zum Beispiel im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andere nicht; einer hat mehr Kinder als der andere etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere etc. Um alle diese Missstände zu vermeiden, müsste das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein. Aber diese Missstände sind unvermeidbar...“ Karl Marx: Brief an Wilhelm Brasche (Kritik des Gothaer Programms). In: Karl Marx/Friedrich Engels Werke. Band 19, 4. Berlin 1962, 13–32.

Freilich ist zu bedenken: Wenn ein Sozialsystem ein bedarfsabhängiges Grundeinkommen garantiert, dann können bewusst niedrig gehaltene Löhne die Ausnutzung von Sozialtransfers bedingen. Dies spart dem Arbeitgeber Lohnkosten und der Arbeitnehmer leidet nicht oder nur wenig, da das Sozialsystem sein Einkommen aufstockt.

Ist es nun tatsächlich der Fall, dass in Deutschland massenhaft niedrige Löhne gezahlt werden, die Menschen von Sozialleistungen abhängig machen? Um dies zu beantworten, richtet sich das Augenmerk im Folgenden auf die Geringentlohnerten und hier insbesondere auf jenen Personenkreis, der trotz Erwerbstätigkeit Arbeitslosengeld II bezieht.

### **Vollzeitbeschäftigte, die mit geringen Löhnen auskommen müssen, sind nur eine kleine Minderheit**

Anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP, Erhebungswelle von 2006) zeigt sich, dass sehr geringe Löhne von bis zu 4,50 EUR, wie sie unter anderem in der derzeitigen Debatte vorgeschlagen werden,<sup>2</sup> in Deutschland nur sehr wenige Arbeitnehmer erhalten.<sup>3</sup> Weniger als 7,50 Euro – wie von der SPD befürwortet – erhalten immerhin 12 Prozent aller Lohnempfänger. Bei dieser Betrachtung ist jedoch nach der Abgrenzung der Arbeitnehmer zu differenzieren. Denn niedrige Löhne bekommen vor allem geringfügig Beschäftigte – sei es, dass sie einen steuer- und abgabenbegünstigten Mini-Job oder einen Midi-Job beziehungsweise eine geringfügige Beschäftigung in anderer Form ausüben. Dies trifft insbesondere auf erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose sowie Schüler und Studenten zu, die einer beliebigen und meist nur geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen. In der Regel handelt es sich hierbei lediglich um einen Hinzuverdienst. Dessen Lohnhöhe kann jedoch in der Debatte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Maßgeblich für die aktuelle Mindestlohndiskussion können nur die Löhne der Vollzeitbeschäftigten sein. Schließlich kann nicht erwartet werden, dass Arbeitnehmer mit reduzierter Arbeitszeit ihren Lebensunterhalt allein aus der Erwerbstätigkeit bestreiten können.

Bei den Vollzeitkräften<sup>4</sup> verläuft die Lohnstrukturkurve im Vergleich zu der der übrigen Arbeitnehmer

2 Vgl. hierzu: Bofinger, P., Dietz, M., Genders, S., Walwei, U.: Vorrang für das reguläre Beschäftigungsverhältnis. Ein Konzept für Existenzsichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich. Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2006; Bert Rürup in der Saarbrücker Zeitung vom 27.12.2007.

3 Ausgeklammert werden bei der Untersuchung Azubis, Ein-Euro-Jobber, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Personen in Altersteilzeit ohne abzuleistende Arbeitsstunden.

4 Erwerbstätige also, die nicht studieren oder als registrierte Arbeitslose beziehungsweise als Rentner Sozialtransfers beziehen.

im unteren Segment besonders flach (Abbildung 1). Weniger als 4,50 Euro erhält nur knapp 1 Prozent der Vollzeitbeschäftigten (Tabelle 1); das sind hochgerechnet ungefähr 200 000 Beschäftigte.<sup>5</sup> Unter die Grenze von 7,50 Euro, die die SPD und Teile der Gewerkschaften als Mindestlohn festschreiben wollen, fallen 7 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten – etwa 1,4 Millionen Menschen. Würde man die Mindestlohngrenze bei acht Euro ziehen, wie es die Partei „Die Linke“ fordert, müssten bei 9 Prozent oder 1,8 Millionen der Vollzeitkräfte die Löhne angehoben werden.

Nach dem Postulat der Mindestlohnbefürworter, wonach mit dem Ertrag aus eigener Arbeit der Lebensunterhalt zu bestreiten sein müsste, reicht der Blick auf den einzelnen Arbeitnehmer aber häufig nicht aus. So trägt in einem Haushalt oftmals nicht nur eine Person durch Erwerbstätigkeit zum Haushaltseinkommen bei, sondern mehrere Personen. Zudem sind auch private Transfers zu berücksichtigen. Frühere Ehepartner können verpflichtet sein, für den anderen Partner und die gemeinsamen Kinder zu sorgen – obwohl dieser ein Erwerbseinkommen bezieht.

Berücksichtigt man den Haushaltskontext und private Unterstützungsleistungen, reduziert sich die Zahl der gering entlohnten Arbeitnehmer mit einer Vollzeittätigkeit, die sich – vor eventuellen staatlichen Transfers – nur auf ihre eigenen Erwerbseinkommen stützen können, drastisch. Fast niemand unter den auf sich selbst angewiesenen Vollzeitbeschäftigten erhält einen Bruttostundenlohn von weniger als 4,50 Euro (Tabelle 2). Und nur wenige – 3 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, das sind etwa 600 000 Personen<sup>6</sup> – müssen sich mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 7,50 Euro begnügen. Berücksichtigt man die Lohnuntergrenze von acht Euro, sind es nur wenige mehr.

Allerdings gibt es gravierende regionale Unterschiede. So findet man unter den Arbeitnehmern in Ostdeutschland einen großen Teil mit niedrigen Löhnen – auch unter den Vollzeitbeschäftigten (Abbildung 2). In Westdeutschland ist dies zwar bei geringfügig Beschäftigten, erwerbstätigen Rentnern, Arbeitslosen sowie Schülern und Studenten ebenfalls nicht selten der Fall – wenn auch viel weniger häufig als in den neuen Bundesländern. Vollzeitbeschäftigte mit sehr niedrigen Löhnen machen im Westen nur einen geringen Anteil der Arbeitnehmer aus.

**5** Mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 92 Prozent liegt der Wert zwischen 91 000 und 281 000.  
**6** Mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 92 Prozent liegt der Wert zwischen 450 000 und 701 000.

Tabelle 1

**Arbeitnehmer<sup>1</sup> mit niedrigen Bruttostundenlöhnen 2006**

	bis 4,50 Euro	bis 7,50 Euro	bis 8,00 Euro	bis 4,50 Euro	bis 7,50 Euro	bis 8,00 Euro
	Anteil an allen Arbeitnehmern der jeweiligen Gruppe in Prozent			Anzahl in 1 000 <sup>2</sup>		
<b>Deutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	1	7	9	210	1 390	1 820
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	2	11	12	90	540	630
Beschäftigte in Mini- oder Midijobs und andere geringfügig Beschäftigte <sup>2</sup>	6	42	47	140	940	1 070
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	22	50	53	400	930	980
<b>Insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>15</b>	<b>800</b>	<b>3 720</b>	<b>4 430</b>
<b>Westdeutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	1	5	6	160	840	1 050
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	2	9	11	70	360	440
Beschäftigte in Mini- oder Midijobs und andere geringfügig Beschäftigte <sup>2</sup>	6	42	47	130	880	1 010
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	15	45	48	210	610	650
<b>Insgesamt</b>	<b>2</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>560</b>	<b>2 660</b>	<b>3 110</b>
<b>Ostdeutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	1	16	22	40	520	740
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	3	20	22	20	170	190
Beschäftigte in Midi- oder Minijobs sowie andere geringfügige Beschäftigte <sup>2</sup>	13	41	45	10	50	60
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	39	64	66	150	250	260
<b>Insgesamt</b>	<b>5</b>	<b>21</b>	<b>26</b>	<b>210</b>	<b>980</b>	<b>1 230</b>

**1** Ohne Auszubildende, Ein-Euro-Jobber, Wehr- oder Zivildienstleistende, Personen in Behinderten-Einrichtungen und Personen in Altersteilzeit ohne zu leistende Arbeitszeit.  
**2** Ohne erwerbstätige Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten.

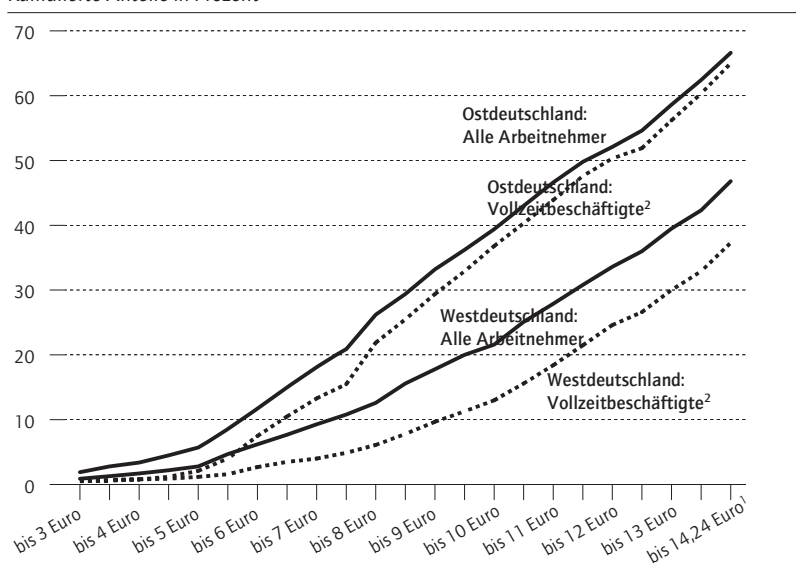
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 2

**Arbeitnehmer nach der Höhe ihrer Bruttostundenlöhne und nach Regionen 2006**

Kumulierte Anteile in Prozent



**1** Medianlohn.  
**2** Ohne Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin..

DIW Berlin 2008

Tabelle 2

**Arbeitnehmer<sup>1</sup> mit niedrigen Bruttostundenlöhnen 2006, in deren Haushalten weder weitere Personen Erwerbseinkommen noch gesetzliche Unterhaltszahlungen beziehen**

	bis 4,50 Euro	bis 7,50 Euro	bis 8,00 Euro	bis 4,50 Euro	bis 7,50 Euro	bis 8,00 Euro
	Anteil an allen Arbeitnehmern der jeweiligen Gruppe in Prozent			Anzahl in 1 000 <sup>2</sup>		
<b>Deutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	0	3	4	100	610	820
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	1	3	4	30	140	180
Beschäftigte in Mini- oder Midijobs und andere geringfügig Beschäftigte <sup>2</sup>	1	12	16	30	270	340
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	12	27	29	220	510	540
<b>Insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>370</b>	<b>1 490</b>	<b>1 840</b>
<b>Westdeutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	0	2	3	90	390	480
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	0	2	3	20	80	110
Beschäftigte in Mini- oder Midijobs und andere geringfügig Beschäftigte <sup>2</sup>	1	12	16	20	250	320
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	8	24	26	110	340	360
<b>Insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>240</b>	<b>1 040</b>	<b>1 260</b>
<b>Ostdeutschland</b>						
Vollzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	0	7	10	10	220	330
Teilzeitbeschäftigte <sup>2</sup>	1	7	8	10	60	70
Beschäftigte in Mini- oder Midijobs sowie andere geringfügig Beschäftigte <sup>2</sup>	4	14	14	0	20	20
Erwerbstätige Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten	20	31	33	70	110	120
<b>Insgesamt</b>	<b>2</b>	<b>9</b>	<b>11</b>	<b>90</b>	<b>410</b>	<b>530</b>

<sup>1</sup> Ohne Auszubildende, Ein-Euro-Jobber, Wehr- oder Zivildienstleistende, Personen in Behinderten-Einrichtungen und Personen in Altersteilzeit ohne zu leistende Arbeitszeit.

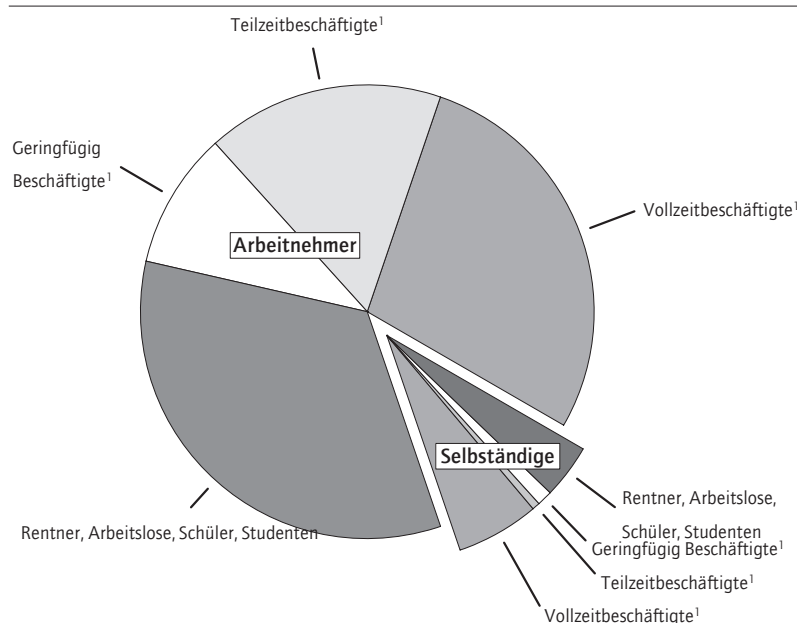
<sup>2</sup> Ohne erwerbstätige Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 3

**Erwerbstätige Bezieher von Arbeitslosengeld II nach der Art ihrer Beschäftigung**



<sup>1</sup> Ohne Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

**Die wenigsten „Aufstocker“ sind Vollzeitbeschäftigte**

In der Debatte um Mindestlöhne in Deutschland werden von deren Befürwortern häufig jene Personen ins Feld geführt, die Sozialtransfers in Form von Arbeitslosengeld II erhalten und dennoch einer Erwerbstätigkeit nachgehen – die sogenannten „Aufstocker“. Da sich ein vergleichbares Einkommen auch ohne Erwerbstätigkeit erzielen lässt, stellt sich die Frage, ob die „Aufstocker“ einem irrationalen Kalkül unterliegen, indem sie ihr Handeln scheinbar nicht an monetären Größen ausrichten. Eine genaue Betrachtung bestätigt dies jedoch nicht. Nach den Daten des SOEP gab es 2006 rund 1,5 Millionen Erwerbstätige, die in einem Haushalt lebten, der Arbeitslosengeld II erhielt. Etwa 200 000 davon gaben an, dass sie lediglich einem Gelegenheitsjob nachgingen und das oft unregelmäßig. Weitere 300 000 schätzten sich zwar als erwerbstätig ein, standen aber in einem Beschäftigungs- beziehungsweise sozialrechtlichen Verhältnis, in dem üblicherweise niedrige oder gar keine Löhne gezahlt werden. Dazu gehören Ein-Euro-Jobber, Zivil- und Wehrdienstleistende oder Arbeitskräfte in Behinderteneinrichtungen.

All diese Personen ausgeklammert, bleiben hochgerechnet noch 1,1 Millionen Erwerbstätige, die 2006 Arbeitslosengeld II bezogen haben. Unter diesen ist weiter zu differenzieren. Etwa jeder Neunte davon ist selbständig – und etwa die Hälfte dieser Selbständigen geht einer Vollzeitbeschäftigung nach (Abbildung 3). Dass sich unter den Beziehern von Arbeitslosengeld II Selbständige oder mithelfende Familienangehörige finden, ist nicht erstaunlich. Denn durch den Bezug dieser Sozialleistung kommen sie auch in den Genuss einer Krankenversicherung, was für Kleingewerbetreibende ein erheblicher materieller Vorteil sein kann. Dabei ist zu bedenken, dass durch die Förderung von Ich-AGs nicht wenige „Kümmerexistenzen“ entstanden sind.<sup>7</sup> Diese Form der Selbständigkeit ist zwar ein Problem; aber kein Problem schlecht bezahlter Arbeitnehmer. Zudem haben Selbständige, was den Nachweis ihres Einkommens anbelangt, viele Gestaltungsmöglichkeiten, die ihnen den Bezug von Arbeitslosengeld II ermöglichen.

Die größte Gruppe der „Aufstocker“ sind Arbeitnehmer, die sich bei reduzierter Arbeitszeit ein Zubrot verdienen. Das ist nicht erstaunlich, da die Leistungen des Arbeitslosengeldes II starke Anreize setzen, lediglich einer Beschäftigung mit reduzierter Arbeitszeit nachzugehen.<sup>8</sup> Vollzeitbeschäftigte indes

<sup>7</sup> Vgl. Caliendo, M., Steiner, V.: Ich-AG und Überbrückungsgeld – Neue Ergebnisse bestätigen Erfolg. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 3/2007.

<sup>8</sup> Vgl. Luchtmeier, H., Ziemendorff, J.: Aufstocker – Kein Indiz für ein Niedriglohnproblem. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 12/2007.



macht nur eine Minderheit der „Aufstocker“ aus – hochgerechnet sind dies etwa 300 000 Personen.<sup>9</sup>

Auch bei der Bundesagentur für Arbeit finden sich Informationen über die „Aufstocker“. Die Daten beruhen auf den eigenen Angaben der Empfänger von Arbeitslosengeld II. Deren Validität lässt sich nicht prüfen. Nicht auszuschließen ist, dass manche Bezieher ihre Angaben mit Blick darauf gemacht haben dürften, dass bei einem Erwerbseinkommen von mehr als 100 Euro pro Monat die darüber hinausgehenden Einkünfte größtenteils auf den Auszahlungsbetrag des Arbeitslosengeldes II angerechnet werden. Aufgrund der Gesetzeslage ist es faktisch nicht kontrollierbar, ob jemand nur eine Arbeit in einer Zeit leistet, die einer Entlohnung von 100 Euro oder etwas mehr entspricht, oder ob er tatsächlich mehr arbeitet und entsprechend höher entlohnt wird – das aber seiner Arbeitsagentur nicht mitteilt. Diese Anrechnungsregelungen für Arbeitslosengeld II laden zur Schwarzarbeit geradezu ein, weil die tatsächlich geleistete Arbeitszeit kaum festzustellen ist.

Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit kommen 8 Prozent aller erwerbstätigen Arbeitslosengeld II Empfänger auf weniger als 100 Euro an Erwerbseinkünften pro Monat (Abbildung 4). Weitere 21 Prozent erhalten 100 bis 150 Euro. Anzunehmen ist, dass ein großer Teil angegeben hat, gerade 100 Euro zu erhalten. Das ist aus der schlecht aufbereiteten Statistik, bei der die 100-Euro-Grenze nicht hinreichend berücksichtigt wurde, aber nicht erkennbar. Insgesamt kommen mehr als die Hälfte aller „Aufstocker“ nicht über ein Bruttoeinkommen von mehr als 500 Euro pro Monat. Auch die Daten der Arbeitsagentur zeigen also, dass es sich bei den „Aufstockern“ überwiegend um Personen handelt, die sich ein Zubrot verdienen.<sup>10</sup>

Anhand der SOEP-Daten lassen sich die Erwerbseinkünfte der „Aufstocker“ je geleisteter Arbeitsstunde berechnen.<sup>11</sup> Danach kommen Personen, die einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, nur auf einen niedrigen Bruttostundenlohn (Abbildung 5). Die regulär Teilzeitbeschäftigten indes erhalten im Schnitt mehr als acht Euro pro Stunde. Bei den Vollzeitbeschäftigten sind es sogar über neun Euro brutto. Das ist nicht erstaunlich, denn das Arbeitslosengeld II kann sich – umgerechnet in Bruttolohnäquivalente je Stunde – bei größeren Haushalten beziehungsweise Bedarfsgemeinschaft-

<sup>9</sup> Mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 92 Prozent liegt der Wert zwischen 148 000 und 417 000. Ausgeklammert sind dabei Schüler, Studenten und Rentner.

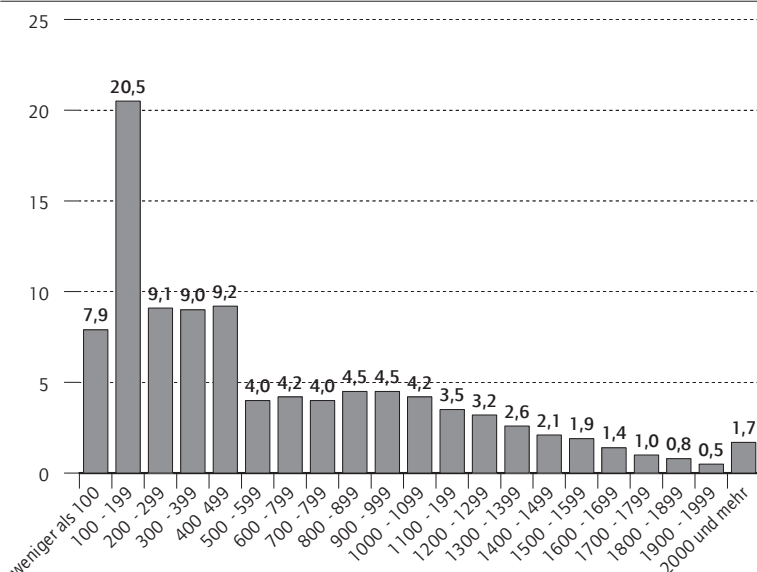
<sup>10</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Aktuelle Daten aus der Grundversicherung. Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern. Nürnberg 2007.

<sup>11</sup> Bruttomonatseinkommen dividiert durch die mit vier multiplizierte üblicherweise geleistete Wochenarbeitszeit.

Abbildung 4

### Erwerbstätige mit Bezug von Arbeitslosengeld II nach der Höhe ihres Erwerbseinkommens im Januar 2007

Anteil an allen Personen mit Erwerbseinkommen in der jeweiligen Klasse in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2008

ten auf zehn Euro und mehr belaufen (Abbildung 6). Entsprechend fällt die Unterstützung durch Arbeitslosengeld II umso höher aus, je mehr Mitglieder ein Haushalt hat (Abbildung 7).

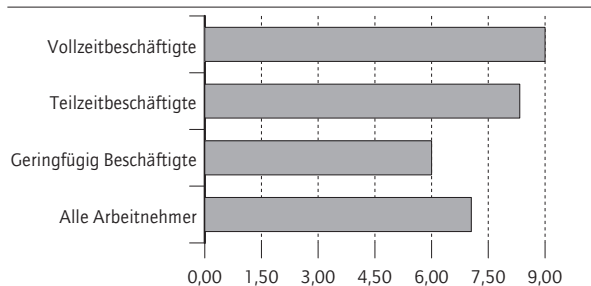
### Wohngeld: nach der Einführung von Arbeitslosengeld II drastischer Rückgang der Bezieherzahlen

Völlig ausgeblendet bei der aktuellen Debatte um Mindestlöhne wird die Tatsache, dass es in der Bundesrepublik schon immer Personen gab, die nur ein geringes Erwerbseinkommen erzielten und die

Abbildung 5

### Mittlerer Bruttostundenlohn der Arbeitnehmer in Haushalten mit Bezug von Arbeitslosengeld II nach ihrem Erwerbsstatus 2006

In Euro



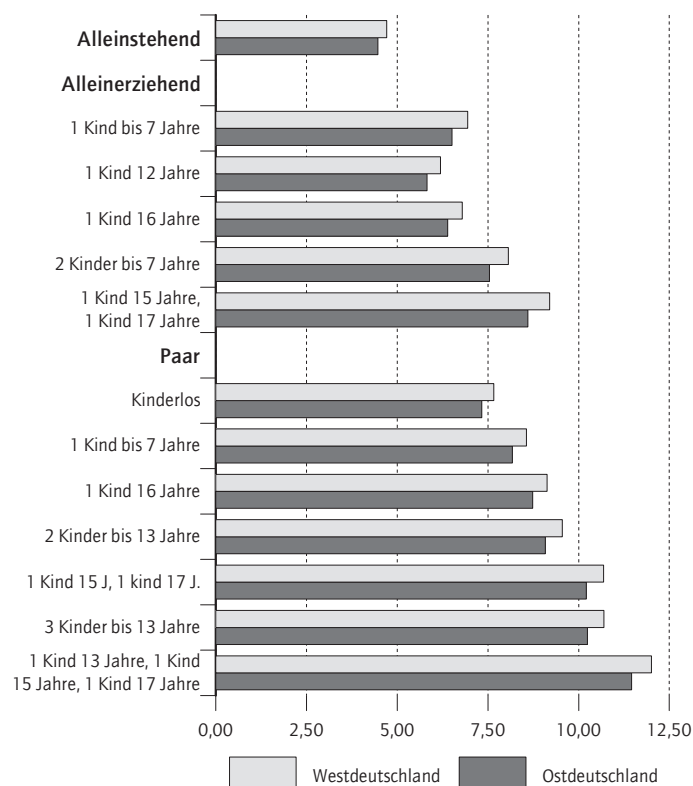
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 6

**Arbeitslosengeld II in Bruttostundenlohnäquivalente umgerechnet für ausgewählte Haushaltstypen**

In Euro



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

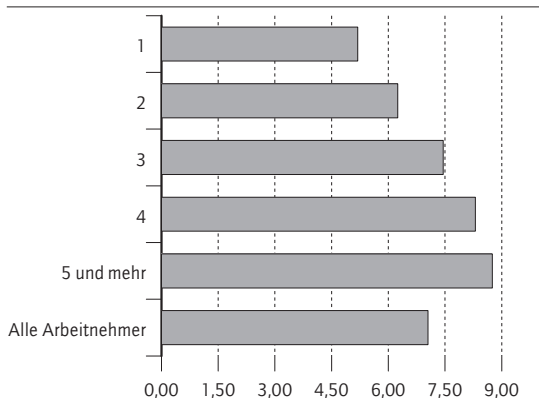
deshalb vom Staat unterstützt wurden. So wurde die „aufstockende“ Sozialhilfe gewährt, die aber nur von wenigen Personen in Anspruch genommen wurde – nicht zuletzt deshalb, weil Sozialhilfezahlungen mit starken Restriktionen mit Blick auf Vermögenswerte sowie das Einkommen enger Verwandter verbunden waren. Ende 2004 – also noch vor der Einführung von Arbeitslosengeld II – gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 56 000 Personen, die erwerbstätig waren und Sozialhilfe bezogen haben.<sup>12</sup> 34 000 davon waren vollzeitbeschäftigt.

Weit häufiger war der Bezug von Wohngeld. Vor der Einführung von Arbeitslosengeld II erhielt eine halbe Million Haushalte mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand diese Unterstützung. Über die Zahl der erwerbstätigen Personen, die Wohngeld erhielten, gibt es keine Angaben seitens der amtlichen Statistik; sie wird aber gewiss höher gewesen sein als die Zahl der Haushalte. Nach der Arbeitsmarktreform ging die Zahl der Haushalte, die Wohngeld bezogen haben, drastisch zurück. Am Jahresende 2005 waren es etwa 40 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Tabelle 3). Zugleich hat sich die Struktur der Haushalte mit Wohngeldbezug stark verändert. Generell lässt sich feststellen, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Wohngeldbezieher stark gestiegen und die Höhe des durchschnittlichen Wohngeldanspruchs kräftig gesunken ist. Im Umkehrschluss bedeutet das: Insbesondere Haushalte von Erwerbstätigen mit geringem Einkommen erhalten diese Unterstützung nicht mehr. Das liegt natürlich nicht daran, dass sich die Einkommenssituation vieler Haushalte drastisch verbessert hat, sondern an ihrem Wechsel zu Arbeitslosengeld II.

Abbildung 7

**Mittlerer Bruttostundenlohn der Arbeitnehmer in Haushalten mit Bezug von Arbeitslosengeld II nach der Zahl der Haushaltsmitglieder 2006**

In Euro



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Die Vorteilhaftigkeit eines solchen Wechsels zeigen Beispielrechnungen, bei denen bei einem Alleinverdiener-Haushalt ein Bruttoerwerbseinkommen von 1 200 Euro im Monat unterstellt wird, was bei einer 40-Stunden-Woche einem Stundenlohn von 7,50 Euro entspricht. Danach haben sich fast alle Haushaltstypen durch den Wechsel finanziell besser gestellt (Tabelle 4) – nicht zuletzt deshalb, weil beim Wohngeld nur ein Teil der Wohnkosten übernommen wird, beim Arbeitslosengeld II dagegen grundsätzlich alle. Alleinerziehende kommen mit Arbeitslosengeld II auf mehr als 1 200 Euro – und zwar netto. Bei größeren Haushalten ist der Betrag noch höher. Die Ausnahme sind die Alleinstehenden, die bei einem monatlichen Erwerbseinkommen von 1 200 Euro brutto weder Wohngeld noch Arbeitslosengeld II erhalten. Bei geringeren Monatseinkünften haben dagegen Alleinstehende beim Bezug von Arbeitslosengeld II einen finanziellen Vorteil

<sup>12</sup> Statistisches Bundesamt: Sozialhilfe – Hilfe zum Lebensunterhalt 2004. Fachserie 13, Reihe 2.1. Wiesbaden 2005, Tabelle A 1.4.

Tabelle 3

**Haushalte von Erwerbstätigen mit Wohngeldbezug**

Haushalt mit ... Personen	am 31.12.2005					Veränderung gegenüber dem 31.12.2004 in Prozent				
	Alle	Haushalte, dessen Haushaltsvorstand...ist				Alle	Haushalte, dessen Haushaltsvorstand...ist			
		Selbstständiger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter		Selbstständiger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter
	Anzahl									
1	56734	7039	544	22062	27089	-45,7	-22,9	-29,9	-30,9	-56,7
2	53402	4909	227	24960	23306	-45,0	-26,2	-36,9	-37,0	-53,7
3	50425	4201	295	19228	26701	-44,9	-27,7	-36,1	-37,2	-51,1
4	74388	4795	352	15943	53298	-32,9	-27,2	-25,1	-29,0	-34,4
5	42766	2334	147	7002	33283	-29,0	-25,2	-23,8	-23,7	-30,3
6 und mehr	27346	1707	78	3948	21613	-30,3	-25,5	-11,4	-21,9	-32,1
<b>Insgesamt</b>	<b>305061</b>	<b>24985</b>	<b>1643</b>	<b>93143</b>	<b>185290</b>	<b>-39,4</b>	<b>-25,6</b>	<b>-30,1</b>	<b>-32,9</b>	<b>-43,6</b>
	Durchschnittliches monatliches Gesamteinkommen									
1	526	310	614	559	553	5,0	-0,6	4,2	3,9	8,9
2	739	499	738	772	755	3,4	0,2	3,9	3,8	4,7
3	935	655	983	957	962	4,4	1,4	2,9	4,4	5,8
4	1244	890	1285	1254	1272	5,1	2,5	1,1	4,8	5,6
5	1397	997	1572	1426	1418	4,9	5,3	0,5	4,3	5,1
6 und mehr	1563	1134	1823	1637	1582	5,3	5,4	-1,7	4,7	5,5
<b>Insgesamt</b>	<b>1020</b>	<b>637</b>	<b>984</b>	<b>928</b>	<b>1119</b>	<b>8,5</b>	<b>1,6</b>	<b>4,2</b>	<b>5,6</b>	<b>12,1</b>
	Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch									
1	74	133	56	66	66	-8,5	3,1	-9,7	-8,3	-16,5
2	94	148	93	89	89	-4,1	1,4	-6,1	-6,3	-6,3
3	107	168	97	105	99	-7,8	-1,8	-6,7	-8,7	-10,8
4	126	207	120	137	116	-7,6	-1,4	-2,4	-2,1	-10,8
5	146	239	116	146	140	-7,9	-3,6	-3,3	-8,8	-8,5
6 und mehr	202	289	132	190	198	-7,7	-3,7	-9,6	-6,9	-8,3
<b>Insgesamt</b>	<b>117</b>	<b>177</b>	<b>91</b>	<b>102</b>	<b>117</b>	<b>-4,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-5,2</b>	<b>-7,3</b>	<b>-4,9</b>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

(Abbildung 8). Noch stärker werden die Bezieher von Arbeitslosengeld II bei größeren Haushalten begünstigt. Um mit diesen finanziell gleichzuziehen, muss ein Alleinverdiener bei einer „klassischen“ vierköpfigen Familie knapp 1 600 Euro brutto pro Monat verdienen.

**Fazit**

In der gegenwärtigen Debatte um die Einführung von Mindestlöhnen werden von deren Befürwortern Argumente herangezogen, die wenig belastbar sind. Geringe Löhne erhalten zu einem großen Teil geringfügig Beschäftigte sowie Personen, die als Schüler, Studenten, Rentner oder registrierte Arbeitslose

Tabelle 4

**Beispiele für Erwerbstätigenhaushalte von Alleinverdienern mit einem Bruttomonatslohn von 1200 Euro<sup>1</sup> mit und ohne Bezug von Arbeitslosengeld II<sup>2</sup>**

In Euro

	Netto- monatslohn	Wohnkosten		Ohne Bezug von Arbeitslosengeld II			Mit Bezug von Arbeitslosengeld II	
		Kalt	Heizung	Kindergeld	Wohngeld	Nettoeinkommen insgesamt	Arbeitslosen- geld II <sup>3</sup>	Nettoeinkommen insgesamt
Alleinstehende	908	235	47	0	0	908	0	908
Alleinerziehende mit 1 Kind <sup>4</sup>	929	282	57	154	88	1 171	290	1 219
Ehepaar ohne Kinder	957	282	57	0	72	1 029	286	1 243
Ehepaar mit 2 Kindern <sup>4</sup>	957	328	66	308	263	1 528	757	1 714
<i>Nachrichtlich:</i> Alleinerziehende mit 1 Kind <sup>4</sup> halbtags beschäftigt <sup>5</sup>	497	282	57	154	188	839	642	1 139

<sup>1</sup> Dies entspricht bei einer 40-Stunden-Woche einem Bruttostundenlohn von 7,50 Euro.<sup>2</sup> Sondertatbestände wie Schwangerschaft, Behinderung oder Übergangsgeld, die zu höheren Leistungsansprüchen führen, wurden ausgeklammert, ebenso Sonderzahlungen bei den Löhnen.<sup>3</sup> Einschließlich Kindergeld.<sup>4</sup> Im Alter von 7 bis 13 Jahren.<sup>5</sup> Midi-Job. Ein Kind im Alter von 7 bis 13 Jahren, ein Kind im Alter von 15 Jahren.

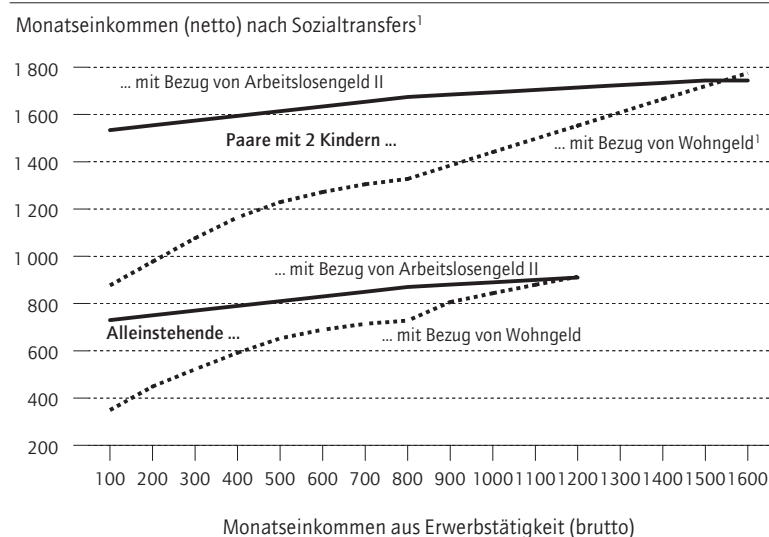
Quelle: Berechnungen des DIW.

DIW Berlin 2008

Abbildung 8

### Alleinverdiener-Haushalte mit Arbeitslosengeld II oder mit Wohngeld

In Euro

<sup>1</sup> Einschließlich Kindergeld.

Quellen: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

erwerbstätig sind. Unter den „regulären“ Vollzeitbeschäftigten gibt es nur eine kleine Minderheit, die auf eine nur geringe Entlohnung kommt und in deren Haushalt keine weiteren Erwerbseinkommen anfallen. Wenn dies der Fall ist – dann vor allem in Ostdeutschland.

Unter den Beziehern von Arbeitslosengeld II findet man nur wenige Vollzeitbeschäftigte. Bei den „Aufstockern“ handelt es sich größtenteils um Personen mit reduzierter Arbeitszeit, die sich zu den Unterstützungsleistungen etwas hinzuverdienen. Den meisten „Aufstockern“ mit einer Vollzeittätigkeit würde ein geforderter Mindestlohn von 7,50 Euro zudem nicht helfen. Denn diese kommen aufgrund der hohen Unterstützungsleistung des Arbeitslosengeldes II bei größeren Haushalten auf einen höheren Bruttostundenlohn. Folglich würde die Einführung eines Mindestlohnes von 7,50 Euro die Sozialkassen weniger entlasten als in der politischen Debatte angenommen – zumindest hinsichtlich der Vollzeitbeschäftigten.

Will man aufstockende Sozialleistungen bei Vollzeitbeschäftigten gänzlich vermeiden, müssten konsequenterweise weit höhere Mindestlöhne eingeführt werden, was massive Veränderungen in der Struktur der Lohnverteilung zur Folge hätte. Es käme zu kräftigen Lohnsteigerungen insbesondere in den neuen Bundesländern – auch wegen erhöhter Lohnforderungen von Fachkräften, die ihren Lohnabstand zu ihren weniger qualifizierten

Kollegen wieder hergestellt haben möchten. Das hätte erhebliche Preiseffekte zur Folge. Bei einem hohen Mindestlohn besteht die große Gefahr, dass die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit geringer Produktivität eingeschränkt wird – insbesondere in Ostdeutschland.

Ferner ist bei der gegenwärtigen Debatte aus dem Blick geraten, dass es schon immer Personen gegeben hat, die nur ein geringes Erwerbseinkommen erzielen. Seit Jahrzehnten hat der Staat ihnen durch Wohngeld oder mittels Sozialhilfe geholfen. Allerdings ist in den letzten Jahren der Niedriglohnsektor gewachsen – insbesondere durch die Zunahme steuer- und abgabenbegünstigter geringfügiger Beschäftigung.<sup>13</sup> Beklagen kann die Politik das nicht, denn sie hat dafür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, die Beschäftigung von Schülern, Studenten, Rentnern oder Arbeitslosen in der Form von Mini- oder Midi-Jobs zu begünstigen.

Gezeigt hat sich, dass es nach der Einführung von Arbeitslosengeld II eine bislang übersehene Gruppe von nicht wenigen Gewinnern gegeben hat. Dabei handelt es sich um jene Haushalte, die zuvor Wohngeld erhielten, und sich nun mit Arbeitslosengeld II finanziell besser stellen.<sup>14</sup>

Die Mindestlohndebatte verweist auf das grundsätzliche Problem, dass die Einkommen, die den Haushalten in Form von Arbeitslosengeld II zufließen, höher sein können als die Löhne, die Haushaltsmitglieder auf dem Markt zu erzielen vermögen. Das von der Politik definierte sozio-kulturelle Existenzminimum übersteigt also das Marktergebnis. Das kann sicherlich nicht bedeuten, dass die Politik soweit regulierend in den Markt eingreift, bis beides miteinander im Einklang steht, denn dann müssten die Löhne an den – wechselnden – Bedürfnissen ausgerichtet werden. Für einen Alleinstehenden wäre ein Mindestlohn von 7,50 Euro mehr als ausreichend. Demgegenüber käme ein Haushaltsvorstand, der eine mehrköpfige Familie zu versorgen hat, damit nicht aus und müsste für die gleiche Tätigkeit einen höheren Lohn erhalten. Infolgedessen wäre er bei der Arbeitsplatzsuche benachteiligt. Man sollte die Löhne deshalb nicht an der Bedürftigkeit ausrichten, sondern wie bisher Geringverdienern mit staatlichen Leistungen unter die Arme greifen.

<sup>13</sup> Vgl. Brenke, K., Eichhorst, W.: Mindestlohn für Deutschland nicht sinnvoll. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2007.

<sup>14</sup> Personen in solchen Haushalten wurden bei den bisherigen Analysen über die Verteilungswirkungen der Arbeitsmarktreform außer Acht gelassen, weil die Untersuchungen lediglich solche Personen in den Blick genommen haben, die vor der Reform Arbeitslosenhilfe und danach Arbeitslosengeld II erhielten. Vgl. Goebel, J., Richter, M.: Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2007.

JEL Classification:  
J31, J38

Keywords:  
Minimum wages,  
Social assistance,  
Working poor



# Standort Berlin-Adlershof: kräftige Impulse für die Stadt

*Im Entwicklungsgebiet Berlin-Adlershof ist das größte Technologie- und Wissenschaftscluster Deutschlands mit rund 750 Unternehmen und über 12 500 Beschäftigten entstanden. Davon gehen spürbare wirtschaftliche Impulse für die Stadt aus. Die ökonomischen Effekte lassen sich für das Jahr 2006 auf eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von einer Milliarde Euro und rund 21 000 Arbeitsplätze quantifizieren. Dem standen im Jahr 2006 öffentliche Fördermittel in Höhe von 78,8 Millionen Euro gegenüber, wovon 54 Millionen Euro an die wissenschaftlichen Institute gingen. Die an die Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark ausgereichten Fördermittel in Höhe von 20,5 Millionen Euro betragen nur noch fünf Prozent der Umsätze. Die beständig steigende Zahl der Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark bei tendenziell sinkenden Fördermitteln lässt erwarten, dass sich die hohe Dynamik im Entwicklungsgebiet Adlershof fortsetzt.*

Lars Handrich\*  
lhandrich@diw.de

Ferdinand Pavel\*  
fpavel@diw.de

Sandra Proske\*  
sproske@diw.de

\* Mitarbeiter der  
DIW econ GmbH

In Berlin-Adlershof entwickelt sich seit dem Jahr 1991 ein Hochtechnologiecluster als integrierter Wirtschafts-, Wissenschafts- und Medienstandort. Ziel dieser Untersuchung ist es, die vom Entwicklungsgebiet Adlershof ausgehenden dauerhaften ökonomischen Impulse für die regionale Wirtschaftsentwicklung in Berlin abzuschätzen.<sup>1</sup> Darüber hinaus wird der Effekt der vom Landeshaushalt bereitgestellten Fördermittel auf die Beschäftigung in der Region Berlin berechnet.

Die Schätzung der wirtschaftlichen Impulse stützt sich im Wesentlichen auf das Konzept der regionalen Impact- und Multiplikatoranalyse.<sup>2</sup> Dabei lassen sich die Impulse in drei Effekte – direkte, indirekte und induzierte – unterteilen:

- Direkte Effekte umfassen Beschäftigung, Produktion und Einkommen, die direkt in den Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen mit Sitz in Adlershof entstehen. Sie leisten einen unmittelbaren Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung der Region (Anstoßeffekte).
- Indirekte Effekte berücksichtigen die zusätzliche Nachfrage nach lokalen Diensten und Zulieferungen, die durch Sachausgaben und Investitionen der Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen entsteht.

**1** Nicht Gegenstand der Untersuchung sind solche Effekte, die aus der Produktion neuen Wissens oder daraus resultieren, dass diese Forschungseinrichtungen einen wichtigen Standortfaktor darstellen und positiv auf das Image der Region Berlin im Ansiedlungswettbewerb wirken. Vgl. Wirtschaftliche Bedeutung der Unternehmen und Einrichtungen in Berlin-Adlershof im Jahr 2006. Kurzexpertise der DIW econ GmbH im Auftrag der WISTA Management GmbH, Berlin 2007.

**2** Vgl. z. B. Baumgartner, H. J., Seidel, B.: Berliner Ausgaben für Wissenschaft und Forschung: Kräftige Impulse für die Stadt. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 39/2001.

- Induzierte Effekte resultieren aus der Verausgabung der von den direkten und indirekten Effekten herrührenden zusätzlichen Einkommen.

Im Einkommenskreislauf werden von Runde zu Runde zusätzliche Effekte wirksam, die allerdings immer kleiner werden. Die Gründe hierfür sind, dass ein Teil der Nachfrage auf Importe aus anderen Regionen entfällt, ein Teil der Einkommen gespart oder in Form von direkten und indirekten Steuern sowie von Sozialabgaben an den staatlichen Sektor fließt (Entzugseffekte). Aus der Summe der drei Einzeleffekte ergibt sich der dauerhafte Gesamtimpuls der Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen in Adlershof für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt Berlins.

### Direkte Effekte

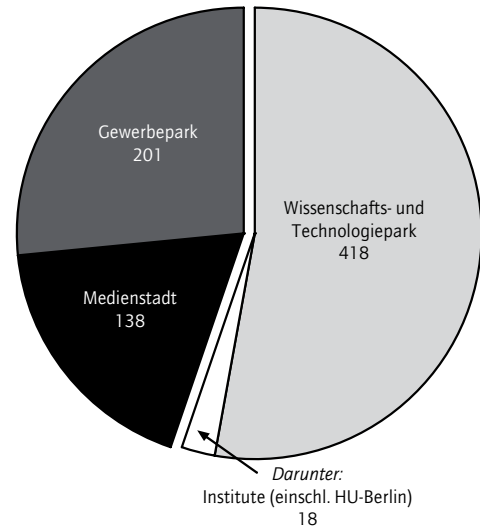
Zum Entwicklungsgebiet Adlershof gehören, neben dem Wissenschafts- und Technologiepark (WISTA), der Medienstandort Adlershof ebenso wie die Teile des Entwicklungsgebietes, die als Gewerbepark bezeichnet werden. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Verteilung der Anlieger im Jahr 2006.

Folgt man den Ergebnissen der Jahresumfrage für das Entwicklungsgebiet vom Februar 2006 und berücksichtigt die bis Ende des Jahres 2006 im Gebietsteil WISTA bei den wissenschaftlichen Einrichtungen (darunter Institute der Humboldt-Universität zu Berlin und außeruniversitäre Institute) hinzugekommenen Arbeitsplätze, so waren im betrachteten Jahr 12 750 Personen im Entwicklungsgebiet Adlershof beschäftigt. In der Summe standen 1,32 Milliarden Euro an Umsätzen, Haushalts- und Fördermitteln in den Jahresabschlüssen (Tabelle 1).

Über die Höhe der direkten Einkommenszahlungen sind keine Informationen verfügbar, so dass sie aus

Abbildung 1

### Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen und sonstige Institutionen im Entwicklungsgebiet Adlershof 2006



Quelle: WISTA Management GmbH.

DIW Berlin 2008

den Umsätzen beziehungsweise Haushaltsmitteln der jeweiligen Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen abgeleitet werden müssen. Für diese Schätzung wird auf die aggregierten Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen.<sup>3</sup> In der Entstehungsrechnung, als Bestandteil der VGR, werden die Produktionswerte, Vorleistungen und die Wertschöpfung erfasst. Die Produktionswerte geben den Wert der von den Wirtschaftseinheiten produzierten Waren und

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse. Fachserie 18, Reihe 1.4.

Tabelle 1

### Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen und sonstige Institutionen im Entwicklungsgebiet Adlershof 2006

Örtlicher Bereich	Anzahl	Beschäftigte	Umsatz/Haushalt	Fördermittel	Performance <sup>1</sup>
		Personen			
Wissenschafts- und Technologiepark	418	6 652	563,1	74,5	637,6
Unternehmen	400	4 279	420,1	20,5	440,6
Institute (einschließlich HU-Berlin)	18	2 373	143,0	54,0	197,0
Medienstadt	138	1 837 <sup>2</sup>	186,7	0,8	187,5
Gewerbepark	201	4 261	487,1	3,5	490,6
<b>Insgesamt</b>	<b>757</b>	<b>12 750</b>	<b>1 236,9</b>	<b>78,8</b>	<b>1 315,7</b>

<sup>1</sup> Umsatzerlöse bzw. Haushaltsmittel zuzüglich Drittmittel.

<sup>2</sup> Einschließlich der freien Mitarbeiter.

Quelle: WISTA Management GmbH.

DIW Berlin 2008

Dienstleistungen an, wobei in die Produktion auch die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte mit einfließen. Aus der Differenz von Produktionswerten und Vorleistungen ergibt sich die Bruttowertschöpfung. Diese spiegelt die Abschreibungen sowie den Wert der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen, die Einkommen der Arbeitnehmer und die Gewinne der Unternehmen wider. Die Arbeitnehmerentgelte setzen sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen.

Nach der Berechnung aus dem Vorjahr beträgt die Wertschöpfungsquote (Verhältnis von Bruttowertschöpfung zu Produktionswert einschließlich Handelsware) aller Branchen 50,2 Prozent. Dies bedeutet, dass im Jahr 2006 die direkten Einkommenszahlungen und der Wert der Abschreibungen in Adlershof 660 Millionen Euro erreichten. Um diesen Betrag hat sich die Bruttowertschöpfung Berlins erhöht. Nach Abzug von Abschreibungen und Einkommensbestandteilen, die nach Brandenburg und – zu einem geringen Teil – in andere Regionen fließen, ergibt sich ein zusätzliches Volkseinkommen (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit) von knapp 460 Millionen Euro, das in Berlin ansässigen Empfängern zufließt.<sup>4</sup> Dabei entfallen 374 Millionen Euro auf Arbeitnehmerentgelte (Tabelle 2).

### Indirekte Effekte

Die indirekten Effekte des Entwicklungsgebietes für Berlin resultieren daraus, dass die Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen nicht nur Personal beschäftigen, sondern auch Vorleistungskäufe bzw. Sachausgaben tätigen. Insgesamt handelt es sich hierbei um eine Summe von 655 Millionen Euro.<sup>5</sup> Die Nachfragewirkungen dieser Ausgaben auf die Wirtschaft Berlins hängen entscheidend davon ab, zu welchen Anteilen die benötigten Güter und Dienste von Berliner oder von auswärtigen Unternehmen beschafft werden. Nach Schätzungen des DIW Berlin verbleibt die Hälfte davon, also 328 Millionen Euro in der Region Berlin.<sup>6</sup> Über die intraregionale Vorleistungsverflechtung führt dies zu einem gesamten zusätzlichen Bedarf an Gütern und Diensten (Produktionswert) der Berliner Wirtschaft von knapp 354 Millionen Euro. Bei der Berechnung des Vorleistungseffekts wurde die von

<sup>4</sup> Es wird unterstellt, dass 20 Prozent der Nettowertschöpfung nicht an Berliner Arbeitnehmer und Unternehmen fließen. Vgl. dazu z. B. Bogai, D. et al.: Weiter zunehmende Mobilität als Strategie gegen Erwerbslosigkeit. Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2005. IAB regional Nr. 01/2006.

<sup>5</sup> „Performance“ (Umsatz bzw. Haushaltsmittel zzgl. Fördermittel) minus Bruttowertschöpfung.

<sup>6</sup> Vgl. Geppert, K., Vesper, D.: Einnahmen- und Ausgabeneffekte der Hauptstadtfunction für Berlin. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, Januar 2006.

Tabelle 2

### Einkommens- und Beschäftigungseffekte des Entwicklungsgebietes Adlershof für Berlin 2006

	Bruttoarbeits-einkommen von Berliner Arbeitnehmern	Bruttowertschöpfung in Berlin	Arbeitsplätze
	Millionen Euro		Zahl
Direkte Effekte	374	660	12 750
Indirekte Effekte	82	142	3 079
Induzierte Effekte	136	237	5 151
<b>Gesamteffekte</b>	<b>592</b>	<b>1 039</b>	<b>20 980</b>

Quelle: Berechnungen der DIW econ GmbH. **DIW** Berlin 2008

Prognos geschätzte sektorale Inputstruktur für Berlin zugrunde gelegt.<sup>7</sup> Der Produktionswert aufgrund der indirekten Effekte ist Ausgangsgröße für die Berechnung der entsprechenden Einkommens- und Beschäftigungswirkungen. Für die Nachfrage der Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen wird die durchschnittliche Wertschöpfungsquote über alle Sektoren der Wirtschaft von 40 Prozent angesetzt. Daraus resultiert eine Bruttowertschöpfung von 142 Millionen Euro und, nach Abzug von Abschreibungen und Einkommensabflüssen in andere Regionen, ein zusätzliches Volkseinkommen von knapp 115 Millionen Euro, davon 82 Millionen Euro Bruttoarbeitsentgelte. Unter Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität<sup>8</sup> gemäß VGR für Berlin<sup>9</sup> errechnet sich ein Beschäftigungseffekt von 3 079 Erwerbstätigen.

### Induzierte Effekte

Die Schätzungen der induzierten Effekte knüpfen in einem dritten Schritt an die Ergebnisse der Berechnungen zu den direkten und indirekten Wirkungen an. Danach lässt die Präsenz von Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Institutionen sowie deren Vorleistungsnachfrage die Bruttoarbeitsentgelte in Berlin um 456 Millionen Euro steigen. Die Verwendung dieses Einkommens induziert weitere ökonomische Aktivitäten in Berlin. Für die Abschätzung der dadurch bedingten Gesamtnachfrage, die sich nach Ablauf mehrerer Kreislaufumfänge ergibt, wird das Multiplikator-Konzept verwendet.<sup>10</sup> Nach Berech-

<sup>7</sup> Vgl. Prognos: Bedeutung der Hauptstadtfunction für die regionale Wirtschaftsentwicklung in Berlin. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, 2003.

<sup>8</sup> Aus der Bruttowertschöpfung kann durch Multiplikation mit der inversen Arbeitsproduktivität die Erwerbstätigenzahl ermittelt werden.

<sup>9</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

<sup>10</sup> Vgl. Geppert, K., Vesper, D.: Hauptstadtrolle Berlins: Wirtschaftlich ein Gewinn, fiskalisch ein Verlust. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 6/2006.

nungen des DIW Berlin errechnet sich für Berlin ein Multiplikator von 1,30.<sup>11</sup> Dies bedeutet, dass ein Anstieg des Bruttoarbeits Einkommens infolge direkter und indirekter Effekte einen induzierten Effekt in Höhe von 30 Prozent nach sich zieht. Die gesamte Nachfrageerhöhung beträgt damit 592 Millionen Euro (456 x 1,30). Bei einer Wertschöpfungsquote von 40 Prozent und der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität errechnet sich daraus eine induzierte Bruttowertschöpfung von knapp 237 Millionen Euro und ein Beschäftigungseffekt von 5 151 Erwerbstätigen. Die Arbeitseinkommen steigen um 136 Millionen Euro.

### Ökonomische Gesamteffekte

Auf Basis der im Jahr 2004 geltenden Preis-, Einkommens- und Produktivitätsverhältnisse beziffern wir die gesamte ökonomische Wirkung des

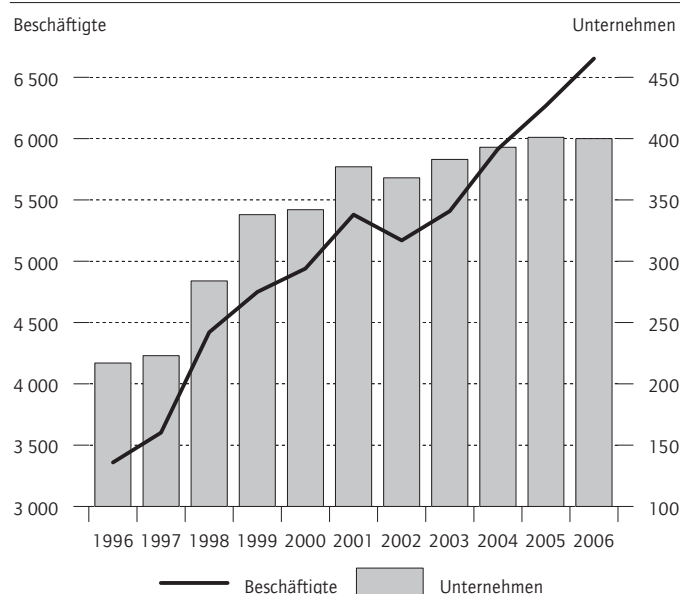
**11** Der Berechnung liegen verschiedene Annahmen zugrunde. Eine zentrale Bedeutung kommt der durchschnittlichen Konsumquote zu (Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte). Ihr Wert liegt in Deutschland bei knapp 90 %. Die Belastungen mit direkten und indirekten Steuern und Sozialbeiträgen wird auf 45 % veranschlagt. Das gleiche gilt – orientiert man sich an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – auch für die Importquote; folglich wird ein Wert von 45 % unterstellt. Die Importquote bringt zum Ausdruck, zu welchem Teil der Konsum der Berliner Haushalte durch den Bezug von Gütern und Diensten aus anderen Regionen gedeckt wird. Schließlich ist abzuschätzen, welcher Teil der Einkommen in andere Regionen, insbesondere ins Umland der Stadt, abfließt, weil die Einkommensbezieher dort ihren Wohnsitz haben. Der Anteil der Einpendler von Brandenburg nach Berlin an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im Jahr 2004 bei gut 14 %.

Entwicklungsgebietes Adlershof für Berlin auf eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von 1,04 Milliarden Euro. Diese wiederum induziert eine zusätzliche Nachfrage von knapp 592 Millionen Euro und schafft insgesamt knapp 21 000 Arbeitsplätze.<sup>12</sup> An einem Arbeitsplatz im Entwicklungsgebiet Adlershof hängen 0,6 weitere Arbeitsplätze durch indirekte und induzierte Effekte.

In der Unterteilung der Gesamteffekte für die einzelnen Teile des Entwicklungsgebietes – WISTA, Mediengelände und Gewerbepark – ist die Annahme gerechtfertigt, dass dem Bereich WISTA reichlich die Hälfte der Wirkungen zugeordnet werden können. Diese Annahme basiert im Wesentlichen auf dem Anteil der Beschäftigten. Abbildung 2 zeigt, mit Ausnahme des Jahres 2002, einen anhaltenden Zuwachs der Beschäftigung bei den dort ansässigen Unternehmen. Erstmals im Jahr 2006 hat WISTA als Teil des Entwicklungsgebietes mit der Zahl der Beschäftigten den Gewerbepark eingeholt. Entsprechend werden die Zahl der direkten, indirekten und induzierten Arbeitsplätze im WISTA auf 10 952, die Wertschöpfung auf über 542 Millionen Euro und die Arbeitsentgelte auf 309 Millionen Euro veranschlagt. Die Aktivitäten auf dem Mediengelände ziehen einen Beschäftigungseffekt von 3 021 Erwerbstätigen, eine Wertschöpfung von knapp 150 Millionen Euro und ein Bruttoarbeits Einkommen in Höhe von 85 Millionen Euro nach sich. Für den Gewerbepark errechnen sich 7 007 Erwerbstätige, knapp 347 Millionen Euro Wertschöpfung und rund 198 Millionen Euro Arbeitseinkommen.

Abbildung 2

### Beschäftigte und Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof



Quelle: WISTA Management GmbH.

DIW Berlin 2008

### Effekte öffentlicher Fördermittel auf die Beschäftigung in der Region Berlin

Mit Hilfe der regionalen Impact- und Multiplikatoranalyse können, in einer separaten Betrachtung, der Anteil der wirtschaftlichen Impulse der vom Landeshaushalt bereitgestellten Fördermittel<sup>13</sup> in Höhe von 78,8 Millionen Euro auf die regionale Beschäftigung abgeschätzt werden. Während die öffentlichen Fördermittel in den Jahren von 2002 bis 2006 zwischen gut 70 und gut 90 Millionen Euro schwanken, lässt sich in dem betrachteten Zeitraum eine kräftige Zunahme der Beschäftigung im Entwicklungsgebiet Adlershof feststellen (Abbildung 3). Für die auf der Jahresumfrage 2006 basierenden direkten Effekte ergibt sich, unter Berücksichtigung

**12** Die Berechnung der geschätzten ökonomischen Wirkungen für Berlin unterscheidet sich von der Vorjahresstudie im Wesentlichen durch die veranschlagte niedrigere Quote lokaler Einkäufe von Gütern und Diensten i. H. v. 50 % im Bereich der indirekten Effekte. Zudem ergibt sich auf Basis einer um 0,02 Prozentpunkte höher veranschlagten Konsumquote, ein um 0,1 Prozentpunkte höherer Multiplikator.

**13** Unter „Fördermittel“ werden in diesem Zusammenhang sämtliche Zuwendungen, Drittmittel und Fördermittel, die letztlich aus öffentlichen Händen stammen, zusammengefasst.

der oben erläuterten Berechnungsgrundlagen, eine Bruttowertschöpfung von 40 Millionen Euro und ein Bruttoarbeitseinkommen in der Stadt in Höhe von 26 Millionen Euro. Demzufolge entfallen im betrachteten Jahr 887 Arbeitsplätze in Berlin auf die vom Landshaushalt zur Verfügung gestellten Fördermittel. Die Ermittlung der indirekten Effekte ergibt eine Bruttowertschöpfung von 18 Millionen Euro, und unter Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität errechnet sich ein Beschäftigungseffekt von 398 Erwerbstätigen. Bei dem Bruttoarbeitseinkommen, das auf die bereitgestellten Fördermittel zurückzuführen ist, handelt es sich um eine Summe von 10 Millionen Euro. Nach Schätzung der induzierten Effekte entfallen im Entwicklungsgebiet Adlershof auf das Bruttoarbeitseinkommen 11 Millionen Euro. Daraus errechnet sich eine induzierte Bruttowertschöpfung von 19 Millionen Euro und ein Beschäftigungseffekt von 413 Erwerbstätigen (Tabelle 3).

Der Anteil der bereitgestellten Fördermittel an der Nachfrageerhöhung in Berlin aufgrund der direkten, indirekten und induzierten Einkommenseffekte des Entwicklungsgebietes Adlershof beläuft sich somit auf 47 Millionen Euro. Die Bruttowertschöpfung erhöht sich um nahezu 77 Millionen Euro und der durch die bereitgestellten Fördermittel bedingte dauerhafte Netto-Zuwachs an Arbeitsplätzen in Berlin beläuft sich auf knapp 1 700. Entsprechend können 46 400 Euro Fördermittel einem Erwerbstätigen zugerechnet werden. Somit gilt für die bereitgestellten Fördermittel, dass an einem Arbeitsplatz im Entwicklungsgebiet Adlershof 0,9 weitere Arbeitsplätze durch indirekte und induzierte Effekte hängen. Der sinkende Anteil der Fördermittel am Umsatz des Entwicklungsgebietes Adlershof<sup>14</sup> sowie jährliche Beschäftigungszuwächse zwischen 6 und 8 Prozent in jüngster Zeit legen nahe, dass diese Fördermittel vor allem als Anschubfinanzierung wirken. Dies wird auch durch die steigende Zahl der Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark und den sinkenden Anteil der Fördermittel am Umsatz bestätigt (Abbildung 4).

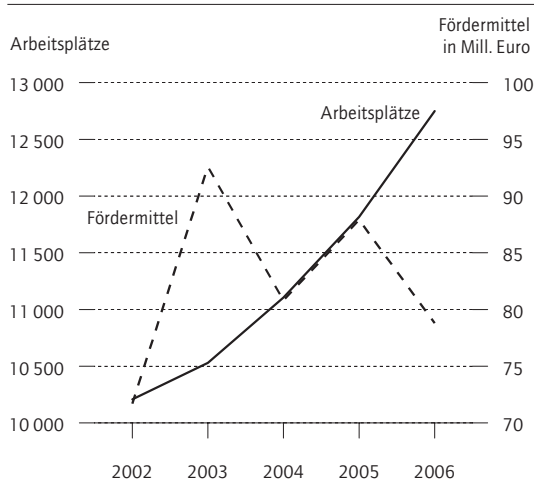
**Fazit**

Das Konzept eines integrierten Standorts für Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin-Adlershof ist erfolgreich. Es entwickelte sich das größte Technologie- und Wissenschaftscluster Deutschlands mit rund 750 Unternehmen und über 12 500 Beschäftigten. Rund 400 Unternehmen haben sich im Kerngebiet, dem Wissenschafts- und Technologiepark,

<sup>14</sup> Zwischen 2004 und 2006 nahm der Anteil der Fördermittel am Umsatz im gesamten Entwicklungsgebiet von 8 auf 6 Prozent ab.

Abbildung 3

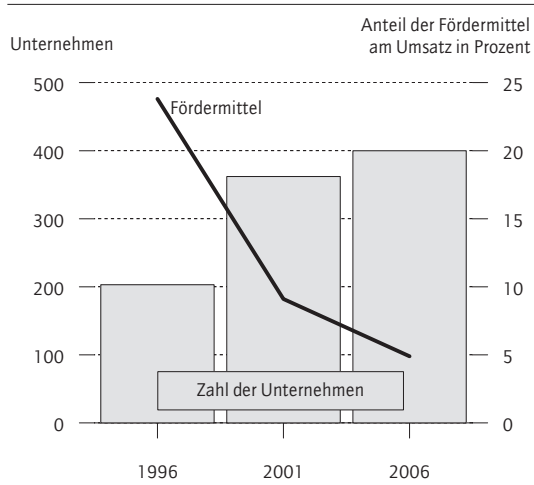
**Beschäftigte und Fördermittel im Entwicklungsgebiet Adlershof**



Quelle: WISTA Management GmbH. DIW Berlin 2008

Abbildung 4

**Zahl der Unternehmen und Bedeutung der Fördermittel im WISTA**



Quelle: WISTA Management GmbH. DIW Berlin 2008

Tabelle 3

**Einkommens- und Beschäftigungseffekte aus den Fördermitteln für das Entwicklungsgebiet Adlershof im Jahr 2006**

	Bruttoarbeitseinkommen von Berliner Arbeitnehmern	Bruttowertschöpfung in Berlin	Arbeitsplätze
	Millionen Euro		Zahl
Direkte Effekte	26	40	887
Indirekte Effekte	10	18	398
Induzierte Effekte	11	19	413
<b>Gesamteffekte</b>	<b>47</b>	<b>77</b>	<b>1 698</b>

Quelle: Berechnungen der DIW econ GmbH. DIW Berlin 2008



angesiedelt. Der Motor des Wachstums am Standort ist die produktive Nachbarschaft von Wissenschaft und Unternehmen. Den wissenschaftlichen Schwerpunkt bilden sechs naturwissenschaftliche Institute der Humboldt-Universität und zwölf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Seit 1994 wurden rund 600 Millionen Euro an öffentlichen und privaten Mitteln in den Aufbau einer innovativen Infrastruktur investiert. Von 1998 bis 2006 stieg die Bruttowertschöpfung des Standorts Adlershof um das 3,5-fache. Die Zahl der Beschäftigten nahm im selben Zeitraum von 4 400 auf rund 6 600 zu.

**JEL Classification:**  
R11, R59

**Keywords:**  
Agglomeration,  
Regional development  
Cluster

Der Standort trägt signifikant zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Berlin bei. Die ökonomischen Effekte des Entwicklungsgebietes Adlershof lassen sich für das Jahr 2006 auf eine zusätzliche Brutto-

wertschöpfung von 1,04 Milliarden Euro und auf 21 000 Arbeitsplätze quantifizieren.

Dieser Erfolgsbilanz stehen im Jahr 2006 öffentliche Fördermittel in Höhe von 78,8 Millionen Euro gegenüber, wovon 54 Millionen Euro an die wissenschaftlichen Institute gingen. Die an die Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark ausgereichten Fördermittel in Höhe von 20,5 Millionen Euro betragen nur noch 5 Prozent der Umsätze. Die beständig steigende Zahl der Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark bei tendenziell sinkenden Fördermitteln bestätigen das dynamische Wachstum des Entwicklungsgebietes Adlershof. Weitere positive Impulse für Investitionen in den Wissenschaftsstandort Adlershof sind künftig von dem in der Nähe gelegenen Großflughafen Berlin-Brandenburg International zu erwarten.

## Fall Nokia: „Subventionspolitik bewirkt nichts“ DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann im Gespräch mit der WELT

**Nach der Ankündigung Nokias, den Standort Bochum zu schließen, ist die deutsche Subventionspolitik in die Kritik geraten. Welche Lehren ziehen Sie aus dem Fall Nokia?**

Politiker glauben gerne, dass sie mit Subventionen Ansiedlungspolitik machen. Tatsächlich erzeugen sie nur Mitnahmeeffekte. Der Fall Nokia lehrt, dass die Subventionspolitik beendet werden muss, da sie nur den Wettbewerb verzerrt und langfristig nichts bewirkt. Was wirklich hinter der jetzigen Entscheidung von Nokia steckt, ist undurchsichtig, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich ja in Deutschland in der letzten Zeit im internationalen Wettbewerb deutlich verbessert. Es geht auch nicht allein um die deutsche Subventionspolitik, denn die ist nur Teil einer europäischen Subventionspolitik. Der Förderwettstreit zwischen Regionen und Staaten muss ein Ende finden.

**Ist es noch zeitgemäß, Großkonzerne mit Millionensummen nach Deutschland zu locken?**

Nein. Bei Standortentscheidungen spielen viele Faktoren eine Rolle: Marktnähe, Lohnkosten, Infrastruktur und Verkehrsanbindung, qualifizierte Arbeitskräfte, die Unternehmenssteuern – um nur einige Faktoren zu nennen. Kapital ist mobil geworden. Niemand kann im Ernst glauben, dass sich ein internationaler Großkonzern auf Dauer durch Subventionen im Land halten lässt, wenn er diese Faktoren ignorieren muss. Man sollte auf direkte Subventionen für die Ansiedlung grundsätzlich verzichten.

**Wie könnte eine Alternative zur bisherigen Subventionspolitik aussehen?**

Statt sich um bestimmte Firmen zu bemühen, müssen allgemein die Standortbedingungen stimmen: Fachkräfte, Forschungseinrichtungen, gute Infrastrukturbedingungen und geringe Bürokratie helfen auf Dauer weit mehr und sind nicht an einzelne Unternehmen gebunden. Als Hochlohnland müssen wir insbesondere auf Fachkräfte, Bildung und Forschung setzen.

**Müssen die Subventionsbedingungen verschärft werden?**

Das wird das Problem nicht lösen, da die Gefahr gross ist, dass diese Bedingungen unterlaufen werden.

**Oder sollten generell weniger Subventionen gezahlt werden?**

Angesichts der Effizienzprobleme sollten Dauersubventionen eingestellt und temporäre Subventionen einer generellen Wirkungsanalyse unterzogen werden. Selbst wenn die Unternehmung am Standort verbleibt, Steuern zahlt und Arbeitsplätze schafft ist ja fraglich, ob das an der Subvention liegt.

*Mit freundlicher Genehmigung von Die Welt.*

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

## DIW-Konjunkturbarometer: Leicht schwächeres Wachstum zum Jahresauftakt

Das DIW-Konjunkturbarometer weist für das erste Quartal des laufenden Jahres ein Wachstum (gemessen am saison- und kalenderbereinigten Verlauf des Bruttoinlandsprodukts) von 0,3 Prozent aus. Damit hat sich die Expansion der Wirtschaftsleistung, die im Schlussquartal des Vorjahres noch mit einer Rate von voraussichtlich gut 0,4 Prozent zulegen konnte, etwas abgeschwächt.

„Die leichte Delle im Konjunkturverlauf kommt nicht überraschend. Für aufkeimenden Konjunkturpessimismus besteht kein Anlass, da die Wachstumsaussichten für das Gesamtjahr unverändert sind“, so DIW-Konjunkturforscher Stefan Kooths. In die derzeitige DIW-Prognose für das Gesamtjahr 2008, die ein Wachstum von 2,1 Prozent voraussagt (kalenderbereinigt: 1,7 Prozent), ist bereits ein schwächerer Jahresauftakt genau in dieser Größenordnung eingearbeitet.

Am deutlichsten zeigt sich die Wachstumsverlangsamung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauwirtschaft), das gegenüber dem Vorquartal einen ganzen Wachstumsprozentpunkt einbüßt und mit einer Rate von 0,3 Prozent nur noch den gesamtwirtschaftlichen Mittelwert erreicht. Die zuletzt wieder deutlich aufwärts gerichtete Entwicklung bei den Auftragseingängen (insbesondere für Investitionsgüter) zeigt aber, dass die nachfrageseitigen Wachstumskräfte intakt sind und die deutliche Wachstumseintrübung in der Industrie voraussichtlich vorübergehender Natur ist. Die Bauwirtschaft muss sich im ersten Quartal sogar auf einen Produktionsrückgang (Wachstum: –0,4 Prozent) einstellen. Auch hier gab es aber zuletzt bei den Auftragseingängen wieder positive Signale. In besserer Verfassung zeigt sich hingegen der Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr. Nach dem Stillstand im Vorquartal ist in den ersten drei Monaten des Jahres ein Zuwachs von 0,4 Prozent möglich. Die übrigen Dienstleistungsbereiche wachsen mit knapp 0,5 Prozent (unternehmensnahe Dienstleister) und 0,2 Prozent (öffentliche und private Dienstleister) nur unwesentlich schwächer als im Vorquartal.

Die Wachstumsrate für das 4. Quartal 2007 von voraussichtlich gut 0,4 Prozent ergibt sich aus dem bereits vorliegenden Jahreswert und der Entwicklung in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Die amtlichen Zahlen für das 4. Quartal 2007 werden erst Mitte Februar veröffentlicht. Durch Revisionen im Jahresverlauf sind Wachstumsverschiebungen zwischen den Quartalen möglich.

